



BBU-Pressemitteilung 09.08.2021

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Jahrestage: 100 protestieren vor Gronauer Uranfabrik / Menschenkette am 5.9.21 am Atomwaffenlager Büchel

(Gronau, Büchel, Bonn, 09.08.2021) Am Sonntag (8.8.2021) wurde in Gronau (Westfalen) mit einer Fahrraddemonstration gegen die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage protestiert. An der Abschlusskundgebung vor dem Haupttor der Anlage beteiligten sich letztlich rund 100 engagierte Personen. Anlass der grenzüberschreitenden Protestaktion, an der sich auch Aktive der niederländischen Friedensbewegung beteiligten, waren die Jahrestage der Atombombenabwürfe über Hiroshima (6.8) und Nagasaki (9.8) im Jahr 1945.

Friedens- und Anti-Atomkraft-Initiativen weisen immer wieder darauf hin, dass weltweit Urananreicherungsanlagen wie die in Gronau, auch militärisch genutzt werden können. Daher fordern sie die sofortige Stilllegung der Gronauer Urananreicherungsanlage, aber auch die der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo. Beide Anlagen gehören zum Urenco-Konzern, an dem auch die Energieunternehmen RWE und E.ON beteiligt sind.

In dem Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration hieß es u. a.: „Die Urananreicherung gilt als "der einfachste Weg zur Atombombe". Darauf wollte bislang keine Bundesregierung verzichten – auch deshalb wurde die Uranfabrik in Gronau nicht in den Atomausstieg aufgenommen und soll unbefristet weiterlaufen!“

Organisiert wurde die Protestaktion in Gronau vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen. Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte zur Teilnahme aufgerufen. „Die Erinnerung an die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki darf nie in Vergessenheit geraten. Und aktuell muss immer wieder davor gewarnt werden, dass in Uranfabriken Material für Atombomben hergestellt werden kann und dass in Büchel

(Rheinland-Pfalz) noch immer todbringende Atomwaffen lagern“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Buchholz wohnt in der Nähe der Urananreicherungsanlage und begrüßt es, dass nicht nur in Gronau, sondern in vielen Städten mit Mahn- und Gedenkveranstaltungen eindrucksvoll an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki erinnert und generell gegen den Einsatz von Atomwaffen demonstriert wurde.

Am 5. September findet der nächste, monatlich stattfindende Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage statt, bei dem sich seit fast 35 Jahren immer am ersten Sonntag im Monat Mitglieder mehrerer Anti-Atomkraft- und Friedensinitiativen aus dem Dreiländereck Nordrhein-Westfalen, Niederlande und Niedersachsen treffen. Und ebenfalls am 5. September, also wenige Tage nach dem Antikriegstag (1.9.), findet in Büchel beim Atomwaffenstützpunkt eine große Protestaktion statt. Mit einer Menschenkette wird dann gegen die Atomwaffen demonstriert. Zur Teilnahme an der Menschenkette werden aus mehreren Städten Sonderbusse Richtung Büchel fahren.

Weitere Informationen:

<https://ostermarsch-gronau.de>, <https://www.friedenskooperative.de>, <https://bbu-online.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.